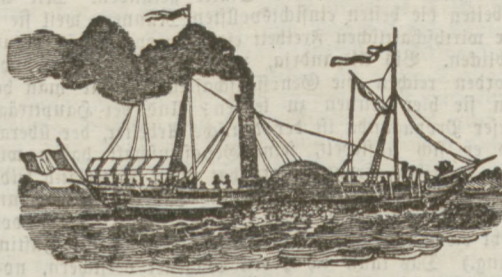


Danziger Dampfboot.

N^o. 41.

Freitag, den 17. Februar.



1865.

36ster Jahrgang.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portschaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an: In Berlin: Ketteneyer's Centr. Ztg.-u. Annonc.-Büreau. In Leipzig: Illgen & Fort. S. Engler's Annonc.-Büreau. In Breslau: Louis Stanger's Annonc.-Büreau. In Hamburg, Frankf. a. M. u. Wien: Haafenstein & Wogler.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, Donnerstag 16. Februar.

Nach der soeben hier eingetroffenen „Berlingske Tidende“ vom 9. d. ist der König von Schweden am Dienstag den 7. nach Christiana abgereist, wofür er sich 8 Tage aufzuhalten gedenkt. Man bringt diese Reise mit Plänen zur Anlegung von Befestigungen an der Küste von Norwegen in Verbindung.

— Wie „Dagbladet“ vom 11. d. meldet, ist das Eis zwischen Malmoe und Kopenhagen so fest, daß man in Kopenhagen in den nächsten Tagen Schlitten aus Schweden erwartet.

Frankfurt a. M., Donnerstag 16. Februar.

Die „Postztg.“ bringt ein Telegramm aus Wien vom heutigen Tage, demzufolge ein Dekret des Königs Victor Emanuel es gestattet, die Encyclica und den Syllabus von der Kanzel herab zu verkündigen, jedoch mit der Erinnerung an den Klerus, seine Pflichten gegen die Verfassung und Gesetze des Landes nicht außer Acht zu lassen.

München, Donnerstag 16. Februar.

Die „Baier'sche Zeitung“ bezeichnet die Behauptung der „Kreuzzeitung“, daß der Staatsminister Freiherr v. d. Pforden sich auf das Bestimmteste verbeten habe, mit Herrn v. Beust auf eine Linie des politischen Strebens und Handelns gestellt zu werden, als völlig unrichtig. Sie fügt hinzu, daß zwischen den Regierungen von Baiern und Sachsen gerade jetzt die vollkommenste Uebereinstimmung der Ansichten, Ueberzeugungen und Bestrebungen herrsche, woraus zur rechten Zeit auch ein gemeinschaftliches Handeln hervorgehen werde. Die langjährigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staatsmännern, welche zu dieser Uebereinstimmung beigetragen, sei dadurch zugleich noch mehr befestigt. Der Artikel versteht ferner, daß Niemand das große Verdienst des Herrn v. Beust vollständiger und aufrichtiger anerkenne, als Herr v. d. Pforden und schließt: Wir begreifen, daß das intime Verhältnis zwischen Baiern und Sachsen nicht überall angenehm sein mag, finden aber den vorliegenden Versuch, dasselbe zu fördern, zu plump, um gelingen zu können.

Turin, Mittwoch 15. Februar.

Aus Padua wird vom gestrigen Tage gemeldet: In Folge einer hier stattgehabten Demonstration gegen einen toskanischen Professor ist der Gouverneur von Venetien, Graf Toggenburg, hier angelangt. 80 Studenten sind verhaftet und 200 in ihre Heimath zurückgeschickt worden.

Paris, Donnerstag 16. Februar.

Das „Gelbe Buch“ ist heute ausgegeben worden. Die letzte die Herzogthümerangelegenheit betreffende Depesche im vom 30. December 1864 datirt. Es wird in derselben der Wunsch ausgesprochen, daß die Schwierigkeiten unter Rücksichtnahme auf die Wünsche des dänischen Theiles des Herzogthums Schleswig geregelt werden mögen. — Die letzte bereits bekannte Depesche des Herrn Drouyn de l'Huys in der italienischen Angelegenheit ist die vom 15. Novbr. v. J. datirt, welche eine Auslegung der Septemberconvention enthält. Eine weitere Depesche des Ministers des Auswärtigen an den französischen Votschaster in Rom, Herrn v. Sartiges, trägt das Datum des 27. December. Dieselbe constatirt die Inopportunität der Veröffentlichung der Encyclica. In dem dieses Aktenstück die Prinzipien der modernen Gesellschaft verdammt, erschwere es die von Frankreich im In-

teresse des heiligen Stuhles unternommene Aufgabe. — Am 7. Januar d. J. trägt Herr Drouyn de l'Huys Herrn v. Sartiges auf, den heiligen Stuhl von dem Rundschreiben des Justizministers Herrn Baroche an die französischen Bischöfe in Kenntniß zu setzen. — In einer Depesche vom 8. Febr. drückt Herr Drouyn de l'Huys dem Votschaster die peinliche Ueberraschung aus, welche die Briefe des päpstlichen Nuntius an die Bischöfe von Orleans und Poitiers in ihm hervorgerufen hat. Der Nuntius habe seine Obliegenheiten überschritten; ein diplomatischer Vertreter verleihe seine wesentlichste Pflicht, wenn er zum Widerstande gegen die Gesetze des Landes, in welchem er residirt, aufmuntere und die Handlungen der Regierung, bei welcher er beglaubigt ist kritisire. Der Minister hofft, die römische Curie werde die Erneuerung ähnlicher Verirrungen, die übrigens seine Regierung nicht zu dulden entschlossen ist, nicht gestatten. — Eine Depesche Herrn Drouyn de l'Huys an den französischen Votschaster in Konstantinopel, Marquis de Moustier, vom 6. Januar datirt, betrifft die tunesische Angelegenheit. Die französische Regierung konstatiert darin die von der Pforte übernommene Verpflichtung, den status quo in der Regentenschaft Tunis zu achten.

Paris, Donnerstag 16. Februar.

Der heutige „Moniteur“ meldet: Gestern wurde der Handelsvertrag mit Schweden unterzeichnet.

New York, Sonnabend 4. Februar.

Präsident Lincoln und Seward sind heute Morgens nach Washington zurückgekehrt, nachdem sie eine vierstündige Konferenz mit den Commissariären der Südstaaten auf einem Steamer bei Hamptonroads gehabt hatten. Die Unterhandlungen sind gescheitert. Die Stellung der beiderseitigen Regierungen bleibt unverändert. Die Commissäre der Südstaaten sind nach Richmond zurückgekehrt.

Landtag.

Saß der Abgeordneten.

10. Sitzung. Mittwoch am 15. Februar.

(Fortsetzung der Coalitionsdebatte.)

Abg. Schr. v. d. Heydt gegen die Kommissionsvorschläge. Meine Herren, es ist eine interessante Erscheinung in der vorliegenden Frage die entgegengesetzten Parteien in diesem Hause, in gewisser Beziehung wenigstens, einig zu sein. Fortschrittspartei, Conservative und Centrum drängen auf die Aufhebung der das Coalitionsrecht betreffenden Beschränkungen. Auch die königliche Staats-Regierung ist im Prinzip einverstanden. Ich erkläre mich für die Aufrechterhaltung der betr. Gesetzesstelle, nämlich der Art. 181 u. 182 der allg. Gewerbe-Ordnung und kann mich durch die sehr überwiegende mir entgegenstehende Majorität dieser Herren nicht abhalten lassen, meine Stimme zu erheben. Keinem unter Ihnen kann das Interesse für den Arbeiterstand dringender am Herzen liegen, als mir, der ich ihm in meinem früheren privaten und späterhin öffentlichen Wirkungskreise näher gestanden habe, als Viele unter Ihnen. In dem eigenen Interesse des Arbeiterstandes halte ich die bezüglichen Bestimmungen für erforderlich, wie ich sie im Interesse der öffentlichen Ordnung für geboten erachte müß. Von diesem Standpunkte aus erkläre ich mich sowohl für die Verwerfung des Hauptantrages, als auch sämtliche Amendements, die nur in der Art, in dem Maas und in der Zeit der Ausführung von einander abzuweichen, in der Negation der bestehenden Gesetzgebung aber zusammenfallen. Ein dringendes positives Bedürfnis für die Aufhebung der betreffenden Gesetzesstellen ist von keiner Seite behauptet, noch weniger erwiesen. Der Antrag auf Aufhebung wird nur aus theoretischen Gründen oder, wie der Commissions-Bericht sich ausdrückt, als Consequenz der modernen vollen Gewerbe-freiheit. Es wird nun hingewiesen auf das Drängen des Arbeiterstandes nach Erlangung des un-

beschränkten Coalitionsrechtes, ein Drängen, eine Aufregung, deren Existenz ich anerkennen muß. Aber ist denn dieses Drängen aus dem Arbeiterstande selbst hervorgegangen? Theoretiker von verschiedenem Lebensberuf, von denen aber keiner dem Arbeiterstand angehört, haben diese Aufregung erst hervorgerufen. Während nach den Ereignissen des Jahres 1848 die damalige Staats-Regierung nach allen Seiten hin die dringendsten Anträge auf Wiedereinführung des Justizzwanges abzuwehren hatte, während die Handwerker damals in künstlichen Einrichtungen allein Schutz finden zu müssen glaubten, gegen die Uebermacht des Capitals, sind damals Anträge im Sinne der gegenwärtigen Bestrebungen und auch in einer langen darauf folgenden Periode von keiner Seite zu Tage getreten. Sie haben von einem der Herren Voredner gehört, daß noch im Jahre 1862 auf die Bemerkung eines Vertreters der damaligen Staats-Regierung, daß das Coalitions-gesetz ja noch von keiner Seite von dem Arbeiterstande verlangt sei, er selbst es gewesen, der den hiesigen Arbeiterverein veranlaßt habe, mit einer Petition um Erlangung des Coalitionsrechtes einzukommen. Ich finde in diesem Eingeständnis eine Bestätigung meiner Behauptung, daß die gegenwärtige Bewegung nicht von dem Arbeiterstande selbst hervorgegangen, sondern daß sie von außen in denselben hineingetragen ist. Alle politischen Parteien wetteifern jetzt wie im Jahre 1848 in der Fürsorge für den Arbeiterstand. Die extremsten Parteien suchen sich jetzt wie damals den Rang darin abzulaufen, jetzt wie damals haben sie sich dabei unausgesprochen aber desto ernster im Verdacht, die Arbeiter-Agitation nur als Mittel zum Zwecke zu betrachten und die Arbeiter durch die Fürsorge für ihre Interessen als ein Werkzeug für ihre eigenen Interessen heranzubilden zu wollen. Handel und Gewerbe haben einen bisher nie geahnten Aufschwung gewonnen. Der Zustand der höchsten Blüthe unserer Industrie hat nirgends eine hemmende Einwirkung jener Verbotsbestimmungen erkennen lassen. Unsere Gesetze sichern sowohl dem Arbeitgeber als dem Arbeitnehmer die Möglichkeit der Aufhebung des bestehenden Vertrags-Verhältnisses mit kurzer Kündigung, und in näher präcisirten Fällen, wo eine sofortige Lösung billig erscheint, auch diese. Damit ist die Freiheit der Selbstbestimmung in meines Erachtens ausreichender Weise gewährt. Diese Freiheit hat vollkommen ausgereicht, je nach den wechselnden Conjunctionen und lokalen Verhältnissen die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in billiger Weise zu versöhnen. Wo man sich billigen Anforderungen entzog, hat man selbst den Schaden gehabt. Nicht minder als in England hat sich der Segen dieser naturgemäßen Verständigung auch in Preußen in einer fortbauenden Erhöhung der Löhne zu erkennen gegeben. Bei genauer Vergleichung wird sich die allmähliche Steigerung der Löhne in Preußen vielleicht noch bedeutender herausstellen als in England. In keiner Zeit hat der Arbeiterstand, soweit nicht die Tendenzen in den Strafbestimmungen zuwiderlaufen, sich eine günstigere Lage zur Verwerthung seiner Arbeit zu erfreuen gehabt. Dabei ist das Vereinsrecht der Arbeiter, soweit nicht die Tendenzen den Strafbestimmungen zuwiderlaufen, durch die Verfassung gewährleistet. Worin liegen nun dem gegenüber die vermeintlichen Segnungen der Aufhebung der betreffenden Verbotsbestimmungen. Soll ich auf die von ihnen so gerne angeführten englischen Zustände hinweisen, auf die völlige Resultatlosigkeit der Strikes für die damit durchzuführenden vermeintlichen Ansprüche, auf um so sicherer eintretenden Ruin, auf den namenlosen Jammer der feiernden Arbeiter, der durch den allenfalls hinzutretenden Ruin der Arbeitgeber wechselweise noch weiter gesteigert wird? Diese traurige Erfolglosigkeit der Strikes ist nun auch in dem Bericht Ihrer Commission und fast von allen Rednern in dieser Frage anerkannt. Man sagt uns nun von der einen Seite: Wir wollen keine Strikes, wir wollen gerade das Gegenteil der Strikes, und von der andern Seite: Die Nutzlosigkeit der Strikes müsse der Arbeiterstand an seinem eigenen Schaden erst kennen lernen. Zum Verständnis der Argumentationen meiner conservativen Freunde habe ich in dieser Nachfrage nicht gelangen können. Sie wollen keine Strikes, meine Herren, Sie wollen das gerade Gegenteil der Strikes und als sicherstes Mittel zur Erreichung des Zweckes wollen Sie damit beginnen, das Verbot der Strikes aufzuheben. Sie versprechen dem Arbeiter Staatsunterstützung und übersehen, daß noch überall das Vertrauen auf fremde

Unterstützung als das lähmendste Hemmnis der Selbstthätigkeit sich erwiesen hat. (Sehr wahr! rechts.) Sie vergleichen eine solche Unterstützung mit dem seinem Wesen und Zwecke nach so völlig davon unterschiedenen Institute der Zins-Garantien, bei dem es doch nicht darauf ankommt, dem Unternehmen eine m. E. wirtschaftlich etwas verderbliche Unterstützung zuzuwenden, sondern die Ermöglichung eines im öffentlichen Interesse sachlich erforderlichen Unternehmens zu sichern. Sie verweisen auf die Autorität des Kaiser Napoleon und vergessen dabei die große Verschiedenheit unserer Zustände mit einem Regiment, das seine Stütze in den Massen suchen und finden muß. — Das Alles ist aber nur die eine Seite der Frage. Ebenso gebieterisch fordert in meinen Augen das Interesse der öffentlichen Ordnung die Aufrechterhaltung der bestehenden Bestimmungen. Ich schweige von den Gefahren allgemeiner Arbeitseinstellungen für die öffentliche Ruhe und Sicherheit. Die Ereignisse des Jahres 1848 stehen Allen noch in frischer Erinnerung. Wenden Sie nicht ein, daß die betreffenden Gesetze in dem Jahre 1848 nicht vermocht haben, die Arbeitseinstellungen abzuwenden. Wollen Sie die Verbrennen straflos erklären, weil trotz der Strafgesetze dasselbe Verbrechen immer wieder und wieder begangen wird? Möge man doch nicht glauben, daß man die Bewegung, wenn sie einmal begonnen, nach Belieben lenken und aufhalten könne! — Die Worte eines der Herren Vorredner, der die Einbringung des gegenwärtigen Antrages als eine Konzession gegenüber der Höhe der Bewegung motivirt hat, zeugen, daß sie ihren Vätern schon jetzt über den Kopf gewachsen ist. — Ein eigenthümliches Verhängnis hat gewollt, daß die erste Wirkung dieser Bewegungen sich gegen einen der entschiedensten Vorkämpfer für die Aufhebungen der beschränkenden Bestimmungen des Coalitionsrechts gewandt hat, — eine Erregung, deren Entstehen und Fortgehen ich unter entschiedenster Mißbilligung beobachtet habe, scheint seinem Ende nahe zu sein. Man sieht aber in diesem Vorgange eine Warnung und lerne aus der Geschichte der sozialen Bewegungen, daß so häufig die Leiter ihnen zuerst zum Opfer verfallen. Möge man auf der andern Seite aber auch nicht annehmen, daß die Gefahren der Arbeitseinstellungen den von mancher Seite vielleicht nicht mit besonderer Vorliebe angesehenen Stand der Fabrikbesitzer allein oder auch nur vorzugsweise betreffen. Ich lege geringeres Gewicht auf die momentanen Verlegenheiten des allgemeinen Verkehrs, die in manchen Fällen noch dadurch gesteigert werden, daß die Handwerksmeister gezwungen sind, sich nur geprüfter Gesellen und Arbeiter zu bedienen. Ich will Sie nicht fragen, mit welchem Rechte Sie die dem gewerblichen Arbeiter gewährte Coalitionsfreiheit dem ländlichen Arbeiter versagen wollen, und kann in dieser Beziehung das Amendement des Hrn. Dr. Becker nur für gerechtfertigt erachten. Ich sehe ab von den Schwierigkeiten für den Bürger, wenn beispielsweise die städtischen Bäcker-Gesellen ihre Arbeiten einstellen und der Meister kein Brod liefert, für den Gutsbesitzer, wenn bei dringenden Erntearbeiten seine Leute die Arbeit einstellen, das Alles ist minder erheblich! Aber glauben Sie denn, daß die Erschütterung des Credits, die den Striktes unausbleiblich folgt, den übrigen Staatsangehörigen und dem Staate selbst minder gefährlich sei, als dem Fabrikbesitzer? Im Gegentheil, die Fabrikbesitzer wissen sich, wie die Erfahrung lehrt, solchen Einwirkungen immer am ersten zu entziehen. Den empfindlichsten Nachtheil leiden, wenn bei Störung der öffentlichen Ordnung das Kapital sich zurückzieht, der städtische und der ländliche Grundbesitz. — Ich habe mich, meine Herren, der Hoffnung nicht hingeben können, durch meine Worte irgend einen Einfluß auf ihre Entscheidung zu üben; aber ich habe mich verpflichtet gehalten, davor zu warnen, daß nicht bloß gestützt auf allgemeine Theorien ohne dringendes Bedürfnis die Hand an Gesetze gelegt werde, in deren Befolgung ich den ersten Schritt zu ernsten sozialen Entwicklungen erblicke.

Abg. Dr. Müller beantragt den Schluß der General-Diskussion; der Antrag wird angenommen. Es erhält demnach das Wort:

Abg. Schulze-Delitzsch als Antragsteller. Derselbe recapitulirt zunächst gegen die Bemerkung des Vorredners, der beide Parteien dahin charakterisirt habe, daß beide das Coalitionsrecht gewähren wollen, die conservative aber unter Bedingungen und nicht sofort, die liberale aber nur zur Bewichtigung der Arbeiter, obgleich sie sich von der Gewährung des Coalitionsrechts nichts verspreche. Das letztere ist unwar und würde den demokratischen Grundsätzen geradezu widersprechen. Gerade das Gegentheil haben wir ausgeführt, namentlich mein Freund Böwe, welcher die Vortheile des Coalitionsrechts für die Arbeiter eindringlich hervorgehoben hat. Herr Wagener hat meinem einleitenden Vortrage Mangel an Schwung vorgeworfen; es ist dies nur ein Beweis, daß er seine eigenen oratorischen Leistungen unterschätzt. Das Uebermaß von Anerkennung, das er mir spendet, muß ich ablehnen, da ich die gelobten Verdienste mit Hunderten in diesem Hause und außerhalb desselben theile. Enthält ja doch, was ich veretrete, den Kern der Parteischeidung. In der That giebt es wohl keine größere Anerkennung für mich, als daß er und seine Freunde nur deshalb einen Antrag nicht annehmen wollen, weil mein Name an der Spitze desselben steht. (Heiterkeit.) Er hat ferner auf die Massen hingewiesen, die der Fortschrittspartei angehört haben sollen, und die seine Partei jetzt annektirt habe. (Heiterkeit.) Nun meine ich allerdings, daß unsere Hintermänner, die sich von ihm annectiren lassen, wohl nie zur Fortschrittspartei gehört haben. Im Gegentheil aber habe ich von einem andern Theil seiner Bundesgenossen, vom Rhein namentlich, andere Nachrichten, daß nämlich dort bereits die Arbeiter den mit ihnen getriebenen Humberg zu erkennen beginnen. Und was ihre künftige Stellung in den politischen Parteidämpfen betrifft, so dürften sie sich auch sehr enttäuscht fühlen. (Beifall.) Herr Wagener hat ferner der gegen mich in jüngster Zeit geschleuderten Angriffe erwähnt. Nun, das wissen wir sehr wohl, daß seiner Partei eine im Lügen und

Verleumdungen musterhaft organisirte Presse zu Gebote steht. (Widerspruch unter den Conservativen, lebhafter Beifall der liberalen Fraktionen) und es ist natürlich, daß ich, der ich gewissermaßen auf einem vorgeschobenen Posten stehe, Angriffen am meisten ausgesetzt bin. Seine Partei hat ja das Vorrecht, daß sie ungefragt Alles sagen kann. (Lebhafter Zustimmung.) Ich tröste mich hierüber mit dem Luther'schen Spruch: „Viel Feind, viel Ehr!“ Aber ich kann wohl sagen, daß aus den Hunderten, mit denen ich angefangen, Hunderttausende geworden sind. Man erkennt uns an, weil man muß. Selbst die Anerkennung der kgl. Regierung ist den Genossenschaften geworden und sie war dazu gezwungen, denn die wirtschaftlichen Genossenschaften sind eine Macht geworden. In ihnen hat die wirtschaftliche Einsicht und Selbstständigkeit eine dauernde Stätte gefunden. Mit mir arbeiten die besten einsichtsvollsten Männer, weil sie in der wirtschaftlichen Freiheit eine nationale Befriedigung erblicken. Bis Alexandria, von Odessa bis zum hohen Norden reichen die Genossenschaften, kommt man her, um sie hier kennen zu lernen? Und der Hauptträger dieser Propaganda ist der deutsche Arbeiter, der überall, wo er sich ansiedelt, seine Genossenschaft haben will. Die politische Expansivkraft hat unser Vaterland leider noch nicht, desto mehr aber in seinen geistigen und sozialen Gestaltungen. Ein solches Streben verdient doch wohl die Anlehnung jedes Deutlichen. (Lebhafter Zustimmung.) Das kann ich Herrn Wagener versichern, noch fühle ich mich nicht in der Decadence und Herr Wagener würde sehr froh sein können, wenn er es so weit gebracht, daß die Leute so weit herkämen, sich von ihm Rath zu holen. (Heiterkeit.) Herr v. Blandenburg hat gestern doch das Bedenliche der Konsequenzen und Mittel seines Herrn Kollegen gefühlt. Er hat richtig hervorgehoben, daß Fleiß und Sparjamkeit allein die soziale Frage nicht zu lösen vermögen; es bedarf dazu allerdings sittlicher Eigenschaften, aber auch der Entwicklung der intellektuellen und physischen Eigenschaften im Menschen, kurz die Entwicklung aller Seiten der menschlichen Natur. Er hat mit Recht auf das Christenthum als eine notwendige Basis zur Lösung der sozialen Frage hingewiesen. Wir geben gern zu, wir können dabei der christlichen Liebe und Brüderlichkeit nicht entbehren. Was aber ist das Christenthum, welches er und seine Freunde meinen? Das ist nichts als Kirchenthum! (Lebhafter Zustimmung.) Und die intellektuelle Entwicklung steht bei ihnen sehr im Hintergrunde. Sehen Sie aber nur nach Belgien, wo das Kirchenthum bisher geherrscht hat, dort leben 25 Prozent der Bevölkerung von Almosen, denn das Pflasterthum mit den meisten Mitteln ausgerüstet ist, da thut es nichts für die Arbeit, als daß es die Arbeiter auf Almosen hinweist. Ich acceptire das Christenthum (zu den Conservativen gewendet), aber von Ihrem Priester- und Kirchenthum will ich nichts wissen. Es sei früher die Rede davon gewesen, daß es ein vorzügliches Mittel sei, den Arbeiterstand zu heben, wenn sich der Arbeitgeber entschloße, einen Theil des Einkommens quotenmäßig an die Arbeiter zu verteilen. Diesen Weg halte er, Redner, für ganz vortrefflich, es sei auch bereits hier und da in einzelnen Etablissements dieser Weg versucht worden, aber dieser Weg könne nur auf der freien Vereinigung beider Theile beruhen. Herr Wagener hat Fabrikinspektoren, die der Staat angustellen hätte, empfohlen. Aber in England würde man seine Fabrikinspektoren hinausweisen. Selbst in Frankreich, gegen dessen Präfectenwirtschaft Herr Wagener eifert, ist es Napoleon nicht eingefallen, Fabrikinspektoren, die vom Staat bestellt sind, in Privatetablissements einzuführen. Das Coalitionsrecht mit den Wagener'schen Fabrikinspektoren ist so gut wie Nichts, da es den Arbeitern nur mit der einen Hand etwas gewährt, was ihnen mit der andern wieder entzogen wird. Derselbe Partei, die 1854 das Coalitionsrecht bekämpft hat, wird es jetzt nicht in seinem ganzen Umfang herzustellen wollen. Wenn Herr Wagener auf die Staatsgarantie bei Eisenbahnen hinweist, so hat er damit einen bedeutenden Fehlgreif gethan. Der Staat will mit einer Zins-Garantie nicht das Aufblühen der Actionaire, sondern die Interessen und die Vortheile der Gegend. Vollends aber ist es ein Uuding, Arbeiterassociationen durch Staatshilfe fördern zu wollen, wenn man bedenkt, daß die Arbeiter ungefähr 90 oder 95 Prozent der gesammten Bevölkerung bilden. Also 90 Prozent Arbeiter wollen auf Kosten von etwa 10 Prozent der übrigen Staats-Angehörigen Garantien haben? Das ist eine Chimäre; daß die 90 Prozent nicht auf Kosten dieser verschwindenden Minorität leben können, das liegt so klar auf der Hand, daß es weiter keiner Erörterungen bedarf. Welche Summen würde zuletzt die Regierung eines Landes verschlingen, wenn sie auch noch Millionen zur Unterstützung von Arbeiter-Associationen verwenden müßte? Ja, meine Herren, es giebt keine theuerere Regierung, als die der feudalen Reaction (hört, hört!). Man hat nicht genug an dem Kriegszustande im Frieden, man will auch kleine Veruche dieser Art anstellen, wobei man auf eine günstige politische Verzinsung rechnen kann (hört, hört!), wobei sie sich aber wohlweislich den Rückzug zu bedenken suchen, wenn etwa das Experiment nicht gelingen sollte. (Heiterkeit.) Wir können allerdings kein Capital von Millionen in die Fundamente unseres Baues legen, wir fangen mit Kleinem an, aus dem sich schließlich Großes entwickeln kann. Aber es ist nicht bloß materielles Capital dazu nötig, nein, viel wichtiger sogar ist bei diesen tiefbedeutenden Bestrebungen das geistige Capital. Ich möchte Sie (Redner wendet sich zu den Conservativen), um in dieser Hinsicht einen eclatanten Beweis zu führen, heute Abend zur Versammlung einer der größten Productiv-Associationen Berlins einladen. (Heiterkeit.) Die Lösung der sozialen Frage liegt nur in der steigenden Civilisation, indem derselbe durch Dienstbarmachung aller Hilfsmittel die Arbeit immer leichter und ergiebiger macht, indem sie die rohesten und aufreibendsten Arbeitsmethoden allmählig mehr vergeistigt, theilt sie sich immer größeren Kreisen im Volke mit und

schleift somit mehr und mehr die schroffen Klassenunterschiede ab. Es ist also keine specifische Frage, die wir zu lösen haben, und ich glaube wir stimmen mit dem Abg. Waldeck darin überein, der eine solche einseitige Auffassung der Frage einen „Schwindel“ nennt. Eine Partei, welche das Gesetz der geschichtlichen Entwicklung des Fortschritts und der Freiheit für antiquirt erklärt, weil sie weiß, daß sie anders nicht bestehen kann, die muß Bildung und Gesittung rückläufig machen, um sich in ihrer Sonderstellung und ihren Vorrechten zu behaupten. Wir sind aber so weit gekommen, daß alles das bei unserem Volke nicht mehr zieht. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.“ Die geschichtliche Entwicklung zeigt, was wir von diesen Herren erfahren haben. War es nicht diese Partei, welche das Volk um die Früchte seines ganzen Aufschwunges von 1813—1815 gebracht hat, bis endlich der Bruch von 1848 dadurch herbeigeführt wurde? (Sehr wahr!) Meine Herren! mit solchen Phrasen kommt man jetzt nicht mehr durch, während wir wissen, daß die sozialen und politischen Aufgaben für uns dieselben sind und in ihren Voraussetzungen zusammenfallen. Zum Schluß rufe ich den Herren, nachdem schon mein Freund Böwe denselben eine Antwort auf ihre Eröhrung mit den Bataillonien gegeben hat, noch Eins zu. Ich mahne Sie an das tiefsinnige Bild des Alterthums, die Sphinx, zu denken. Man mag die soziale Frage die moderne Sphinx nennen. Es giebt bei Großen und Kleinen, in allen Schichten einen Punkt, wo das Thierische an das Menschliche grenzt und wehe dem, der muthwillig und mit frivolten Händen diese Grenze überschreitet; er entseilt die Bestie, die ihn mit ihren Löwenklauen zerfleischen wird. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. Dr. Ziegler constairt zunächst Namens der Commission den Rückzug der Herren Wagener u. Gen. Die Ursache dieses Rückzuges könne nur die Sorge vor den Konsequenzen der Freiheit sein. Doch sei bemerkenswerth, in welcher Lage jene Partei, die doch gewöhnlich gewissermaßen als eine Agentur für die Staatsregierung angesehen werde, die Staatsregierung bringe. Redner beleuchtet dann die gegen den Commissions-Antrag vorgebrachten Ansichten. Bezüglich der §§. 181 und 182 sei die große Majorität des Hauses einig und er begrüße die Bundesgenossenschaft des Herrn Reichensperger und Genossen, die ja schon seit 1848 für die Freiheit der bürgerlichen Gesellschaft eingetreten wären, und in letzterer Zeit sich nur mehrfach in der Behandlung derselben von der Majorität getrennt hätten; es zeige sich hier, daß die alte Liebe zur Freiheit nicht in ihnen erloschen sei.

Nach einer formellen Debatte, an der sich die Abgg. Osterrath, Dr. Waldeck und v. Bonin betheiligen, motivirt der Abg. v. Bonin sein Amendement. Die Meinungsverschiedenheit sei nur eine Folge davon, daß die Commission über den Schulze'schen Antrag hinausgegangen sei. Die Regierung scheine sich gleich sehr von Lassalle's und Pansa's Richtung fern zu halten; wenn sie nun die Arbeiterfrage von dem dritten Standpunkt aus erwäge, so müsse sie über die Grenzen des vorliegenden Antrages hinausgehen. Jeder Beschluß des Hauses in dieser Sache könne nur den Zweck haben, der Regierung bei dieser umfassenen Berathung zur Berücksichtigung zu dienen. Eine gründliche Erledigung sei nur möglich, wenn die Regierung die Initiative ergreife.

Ministerpräsident v. Bismarck-Schönhausen. Ich habe neulich mitgetheilt, daß die Verhandlungen der Unterföhrung der Werberangelegenheit eingesezten Commission nächstens werden veröffentlicht werden. Eine unglückliche Neigung zur Höflichkeit und Unparteilichkeit hat mich verleitet, einige anerkennende Worte für die Fabrik des Herrn Abg. Reichenheim hinzuzufügen, die dieser Hr. als Angriffspunkte eines persönlichen Angriffs benutz hat, welcher gegen mich und demnach gegen die Arbeiter, welche sich beschwert haben, gerichtet worden ist. Zu meiner Vertheidigung bin ich genöthigt, auch meinerseits dieser Veröffentlichung vorzugreifen und zu erzählen, wie es kam, daß die Arbeiter eine Audienz bei Seiner Majestät dem Könige erbitten. Sie richteten zunächst, und zwar drei von ihnen, im Auftrage von 200 Andern, die mit ihrer Namensunterschrift diesen Auftrag bekräftigten, ein Bittgesuch an Se. Maj. den König mit dem Antrage: Die Deputation dieser 3 Leute zu empfangen, damit sie ihre Klagen an den Stufen des Thrones niederlegen. Bevor ich Se. Maj. gebeten habe, diese Audienz zu bewilligen, lag es mir ob, mich nach dem Leumund dieser Leute zu erkundigen und ich ließ deshalb an das betreffende Landrathsamt schreiben. Ich erhielt das befrriedigende Zeugnis, daß die 3 Leute unbescholten seien. Ebenso berichtete das Landrathsamt hierüber an das Ministerium des Innern und erhielt dort, der Sachlage entsprechend, die Antwort, daß dem Ministerium des Innern diese Sache vollständig fremd sei und von dort weder angeregt, noch der Empfang einer Deputation beabsichtigt sei. Es war dies um so natürlicher, als wir trotz des intimsten collegialischen Verhältnisses, nicht die Gewohnheit haben, uns die eingehenden Dienstnummern mitzutheilen und daß der eigentliche Ressort-Minister für diese Angelegenheit nicht der Herr Minister des Innern, sondern der Herr Handelsminister ist. So erklärt sich ein Incidenzfall auf den der Abg. Reichenheim nach dem, was mir von seinen Aeußerungen zugekommen ist, Gewicht gelegt hat. Um ihnen die Möglichkeit zu geben, zu beurtheilen, ob diese Petition geeignet war, den Leuten einen Zutritt zum Throne zu gönnen, bin ich genöthigt, auf den Inhalt der Petition selbst einzugehen und auf diese Weise der Öffentlichkeit vorzugreifen. Sie werden mir das Zeugnis geben, daß ich dies nicht provocirt habe, sondern durch die Aeußerungen des Abg. Reichenheim dazu gedrängt worden bin und ich werde mich bemühen, aus dem Actenstücke Alles, was Herrn Reichenheim verlesen sein könnte, fortzulassen. Der Minister verliest einzelne Stellen der Rede und unterwirft dieselben einer Kritik. Die Behauptung, daß die Arbeiter unter der Verwaltung der Seehandlung sich in bessern Verhältnissen befunden haben, sei nicht begründet, sie hätten sich nur deshalb

wohler befunden, weil zu jener Zeit die Preise der Lebensmittel wohlfeiler gewesen seien. Die Löhne seien gegenwärtig durchschnittlich höher als damals. Ebenso habe sich die Beschwerde über die Verwaltung der Krankenkasse als unbegründet erwiesen. Die Klagen wegen der geringen Löhne, welche sich im Durchschnitt auf 1 Thlr. 27 Sgr. pro Woche belaufen, wegen des Wohnungsmangels, sei ebenfalls unbegründet, wiewohl die Möglichkeit nicht ausgeschlossen sei, daß die Zahl der Arbeiter außer Verhältnis der Wohnungen gewachsen seien. Die Beschwerde wegen der Lohnabzüge entziehe sich den Ermittlungen der Commission, gleichwie die Klage über Arbeitsentziehung und Entlassung keine Berechtigung gefunden habe, da die Kündigungsfrist von 14 Tagen stets beobachtet worden sei u. s. w. Die Bittschrift war von 3 Arbeitern unterschrieben, denen etwa 200 hierzu Vollmacht erteilt haben. Ich will gern zugeben, daß das Gerede zu Uebertreibungen geneigt ist. Wer Hilfe sucht schildert seine Lage möglichst schwarz, seine Bedürfnisse möglichst grell. Nichts desto weniger ist der Ausdruck des Herrn Reichenheim, welcher von der Tribüne des Hauses herab den Nothschrei der Armuth mit der Bezeichnung der Lüge gebrandmarkt hat, harrt. Die Leute sind im Irrthum über die Quelle ihrer Leiden; sie suchen sie in der speciellen Verfassung ihrer Fabrik, weil ihr Horizont nicht ausreicht, um sie in der sozialen Lage des Arbeiterstandes zu suchen. Herr Reichenheim hat, was ich neulich aussprach und was Herr Reichenheim dahin formulirt hat, daß seine Arbeiter nicht schlechter gehalten seien, als die seiner meisten Berufsgenossen. Aber ich frage mit welchem Rechte hätte ich diesen Leuten den Weg zum Throne versperren sollen? Es scheint mir aus dem, was ich über die gestrige Aeußerung des Herrn Abg. gehört habe, fast, als ob ihm gegenüber die Krone einer Rechtfertigung bedürfte, wenn sie der Stimme des Armen ihr Ohr leiht. Die Könige von Preußen sind nie Könige der Reichen vorzugsweise gewesen. Schon Friedrich der Große als Kronprinz sagt: „Wenn ich König sein werde, werde ich König der Bettler sein.“ Er nahm sich den Schutz der Armuth vor; dieser Grundsatz ist von unsern Königen auch in der Folgezeit betätigt worden. An ihrem Throne hat dasjenige Leiden Zuflucht und Gehör gefunden, was entstand in Tagen, wo das geschriebene Gesetz in Widerspruch mit dem natürlichen Menschenrecht. Unsere Könige haben die Emancipation der Leibeigenen herbeigeführt, sie haben einen blühenden Bauernstand geschaffen; es ist möglich, daß es ihnen auch gelingen möge — das ernste Bestreben dazu ist vorhanden — zur Verbesserung der Lage der Arbeiter etwas beizutragen. Der Weg, den Klagen der Arbeiter den Zugang zum Throne zu verschließen, wäre meines Erachtens nicht der rechte und ich habe nicht den Beruf dazu. Man würde die Frage aufwerfen: Wie reich muß denn eine Deputation sein, damit ihr Empfang durch den König nicht den Eindruck eines „Puffs“ macht? Die Schicklichkeit dieses Ausdrucks zu erwägen, liegt mir hier nicht ob, namentlich wenn er in Verbindung mit der Ausdrucksweise „Mißbrauch Sr. Majestät des Königs“, wie behauptet wird, hier zu Tage tritt. Jedenfalls schließe ich daraus, daß, wenn 200 Arbeiter in einer Fabrik, die mit soviel Wohlthun geleitet ist, wie die des Herrn Reichenheim, dazu gebracht werden — trotz der Uebel, die sie davon in ihrer häuslichen Lage erwarten, mit dem angeordneten Nothschrei vor den Thron zu treten hier doch eine Aufgabe vorliegt, die wohl der Mühe lohnt, daß die Gesetzgebung es versuche, ihr näher zu treten. Ich komme dabei auf den weitem Vorwurf, den Herr Reichenheim der Regierung gemacht hat, die Unterstützung der wegen der Petition aus der Arbeit entlassenen Weber. Ich könnte vorausschicken, daß die Privatwohlthätigkeit des Königs sich der Kritik des Herrn Reichenheim entzieht. Es ist dies aber nicht meine Aufgabe. Die Zahlen, die Herr Reichenheim angegeben, sind erfunden und aus der Luft gegriffen. Ich betrachte es eben als einen Irrthum des H. R. und will nicht dieselbe harte Bezeichnung anwenden, welche H. R. auf das Vorgehen der Weber angewendet. Ich sollte aber glauben, daß es Dank verdient, wenn ein mächtiger Monarch Angesichts einer großen und schweren Zeitfrage es versucht mit eignen Opfern sich durch eigene Erfahrung darüber zu belehren, welche die Bedingungen des Gedrückten einer Productivassociation sind und an welchen Klippen dieselbe bei uns zu Lande am leichtesten scheitern möchte. In diesem Sinne hat Sr. Maj. der König in wahrhaft königlicher und großherziger Weise seine Wohlthat den Webern in Waldburg und den andern Bezirken zugewendet. (Bravo rechts.)

Abg. Reichenheim (vom Plaze.) Ich habe, und die stenographischen Berichte werden es beweisen ausdrücklich hervorgehoben, daß das Wort „größtentheils“ in der Bemerkung des Herrn Ministerpräsidenten mich leider veranlaßt hat auf diese unglückliche Sache, die in Wüste-Giersdorf gespielt hat — und nicht zu meinem Nachtheile — einzugehen — Meine Herren, aus der Petition, die der Herr Ministerpräsident soeben verlesen werden Sie sehen haben, daß sie nimmermehr von Arbeitern gemacht worden sein kann. Das hätte ihn schon veranlassen sollen, die Sache mit andern Augen anzusehen. Nie ist es mein Wunsch gewesen und niemals habe ich es ausgesprochen daß den Armen der Weg zum Throne verschlossen sein sollte, ich will ihn für Alle offen haben, auch für die Stadtverordneten, die sich an Sr. Maj. wenden wollen (Beifall). Die Behörden wissen, daß die Lage der Arbeiter dort nicht eben schlecht ist, daß sie in 2 Jahren, und zwar Arbeiter aller Klassen, ein Kapital von 2300 Thlr. erspart haben. Da der Minister des Innern und der Ober-Präsident davon sehr wohl unterrichtet waren, so könnte ich vielleicht noch etwas Anderes sagen, was ich aber, da es meine Person und mein Handlungsbüro betrifft, lieber unterdrücken will. Nie hat es mir einfallen können, über die Privatwohlthätigkeit Sr. Majestät hier von der Tribüne irgend ein Wort äußern zu wollen. Nein, meine Herren, nur

gegen den Rathgeber (Redner weist mit seiner Linken nach dem Ministerpräsidenten) habe ich mich ausgesprochen, daß es nicht richtig sein könne, denselben Personen, welche Unwahrheiten an den Thron bringen, Unterstützungen von eben dem Monarchen zu gewähren, dessen Ansehen hier gemißbraucht worden. Gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen. Die 6 Personen, von denen auch in der Vorstellung an Sr. Majestät die Rede ist, haben allerdings ein Scriptum an mein und an ein anderes Haus überbracht, aber es war nicht unterzeichnet und aufgefordert, es zu thun, weil darin Lügen stehen, erklärten sie, sie würden nicht unterzeichnen. Weiter gefragt, von wem und wo sie autorisirt seien, erklärten sie immer nur: „Alles auf dem Wege des Befehles.“ Eine andere Antwort war aus ihrem Munde nicht herauszubekommen. Daraus mögen Sie erkennen, daß das Ganze nur ein Spiel war, ein so trauriges Spiel, wie es nie gespielt worden ist, zum Nachtheil des Königthums von Gottes Gnaden! (Beifall). Meine Darstellung von gestern bleibt bestehen, die ganze Thatsache für einen unglücklichen Puff zu halten, der nach einer Richtung, vielleicht nach vielen Richtungen hin Einfluß üben oder Eindruck machen und Bewegungen unterstützen sollte, die nicht im Interesse des Staates ausgefallen wären. (Beifall.)

Minister-Präsident v. Bismark. Ich will, um an die letzten Worte des Herrn Vorredners anzuknüpfen, ihm zuvörderst erklären, daß ich nicht in der Lage bin, über meine Kompetenz als Minister Präsident, über meine Berechtigung auf Befehl Sr. Maj. des Königs Erkundigungen einzuziehen zu lassen, über meine Beziehungen zu meinen Herren Kollegen Rath's von dem Herrn Redner zu holen, oder auf seine Ansichten darüber auch nur einzugehen; ich weiß selbst, was ich darin zu thun und zu lassen habe; die ganze Erörterung würde vermieden sein, wenn der Herr Abgeordnete Reichenheim nicht den Veröffentlichungen vorgegriffen hätte, indem er eine Anerkennung seiner zu früh eskompirt, um daraus für seine Tendenzen Kapital zu machen. Es wird mich das in Zukunft in Anerkennungen vorsichtiger machen und ich halte auch diejenigen zurück, die ich etwa noch aussprechen könnte. (Heiterkeit). Wenn der Herr Abgeordnete darauf aufmerksam macht, daß die Arbeiter die Petition nicht selbst verfaßt haben können, so ist mir das auf den ersten Blick nicht entgangen. Eben deshalb hielt ich es für wichtig, die Leute selbst zu hören und hielt es für notwendig, daß Sr. Majestät nicht unter dem Eindruck der von den Arbeitern nicht geschriebenen, sondern der von den Arbeitern gesprochenen Worte urtheile. Der Herr Abgeordnete hat den Kunstgriff gebraucht, die irrthümliche Darstellung, die ich als irrthümlich nicht kennen konnte, mir unterschieben. Der Vorwurf trifft mich nicht; ich habe keine Ansicht geäußert, ich habe nur das Material vorgelegt, welches mich veranlaßt hat, Sr. Majestät den Empfang dieser Deputation anzurathen. Der Herr Abgeordnete hat wiederholt und mit Empfindung das Ganze ein Spiel genannt. Wir, auf der Stelle, wo ich stehe, sind nicht gewohnt, die Klagen der Armuth als ein Spiel zu behandeln (Murren links), auch nicht, sie mit der Entschlossenheit in den Wind zu schlagen, wie dies vom Standpunkt des Wohlhabenden, gegen den die Klagen der Armuth gerichtet sind, vielleicht gewünscht werden möchte. (Murren links). Wir sind nicht bereit, zu solchem Spiel uns herzugeben. Wenn der Herr Abgeordnete darauf aufmerksam machte, daß Sr. Majestät in Bezug auf Seine Privatwohlthätigkeit irgend einen Rathgeber gehabt haben möge, so brauchte er nicht mit so vielen und über die Linie der Grazie hinausgehenden Gestikulationen auf mich zu zeigen. (Heiterkeit). Der Rathgeber war ich und ich glaube keinen schlechten Rath gegeben zu haben. (Bravo rechts, Lachen links.)

Das Haus schreitet nach Erledigung dieser Episode zur Abstimmung über die auf die Coalitionsfrage bezüglichen Anträge und Amendements. Nach der Fragestellung, die Herr Präsident Grabow ohne Widerspruch zu erfahren, aufstellt, wird zunächst über das Amendement Wagner, das sich von den Kommissionsanträgen am weitesten entfernt, abgestimmt und dasselbe verworfen. (Abgeordneter v. d. Heydt stimmt dagegen.) Desgleichen wird das Amendement v. Bonin (Verweisung an die Staatsregierung) verworfen (dafür stimmen die Rechte, die Katholiken und die Liberalen). Endlich wird der Antrag Schulze-Faucher mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung (am Sonnabend) will der Präsident die Bank- und die Eisenbahn-Vorlagen setzen. In Betreff der letzteren stellt v. Bockum-Dolffs den Antrag, sie erst dann auf die Tagesordnung zu stellen, wenn der Generalbericht der Budgetcommission an das Haus erstattet ist. Dieser Antrag wird abgelehnt. Bei dieser Gelegenheit wünscht Reichenheim die Eisenbahnvorlagen nicht am Sonnabend verhandeln zu lassen, da sie an diesem Tage nicht fertig zu bringen seien; „haben wir doch gestern Abend einen Antrag zu Hause gefunden, der leicht einen Wendepunkt für die Verhandlungen dieses Hauses bilden kann.“ Der Redner meint damit den „Präjudizellen Antrag von Michaelis und Gen.“ Die Berathung der Eisenbahnvorlagen „so lange auszusetzen, bis ein Gesetz über den Staatshaushalt zu Stande gekommen ist.“

Schluß der Sitzung 2 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 12 Uhr. (Bantvorlage.) Zeitnächste Sitzung: Mittwoch. (Eisenbahnvorlage.)

Berlin, 16. Febr. Die Gemeindec Commission des Abgeordnetenhauses beschloß heute, die Aufhebung des §. 33 der Städteordnung (nach welchem die Regierung das Bestätigungsrecht für die Wahl der Magistratsbeamten hat), zu beantragen.

Berlin, 16. Februar. — Die Gerüchte von dem Rücktritt des Justizministers erneuern sich. Als Nachfolger desselben

wird jetzt der Vicepräsident des Obertribunals, der hochkonservative Kronsyndicus v. Schliekmann bezeichnet. Er ist bürgerlicher Herkunft und wurde nach seiner Vermählung mit einem Fräulein von Manteuffel geadelt. — Graf Karolyi soll hieselbst die politischen und handelspolitischen Verhandlungen beschleunigen. Aber ministeriellerseits wird erklärt, die Frage der Herzogthümer sei so wenig reif, daß eine Lösung in naher Zukunft nicht zu erwarten stehe und in der Zollfrage wird von Oesterreich vor Allem verlangt, daß es seine Tarificationsansprüche aufbebe; über die Clausel der künftigen Zolleinigung werde man sich leichter verständigen.

— Gestern Abend fand bei Ihren Majestäten im hiesigen Schlosse Ball mit Buffet-Souper statt, zu welchem 200 Personen, unter ihnen die Notabilitäten der Kunst und Wissenschaft, Einladungen erhalten hatten.

— Sr. Maj. der König hat der schwer erkrankten Gemahlin des Staatsministers v. d. Heydt in voriger Woche einen Besuch gemacht. In den letzten Tagen hat das Befinden der Kranken zu neuen Beforgnissen Anlaß gegeben.

— In dem Befinden des Ministers des Innern Grafen zu Eulenburg ist einige Besserung eingetreten.

— Der Seconde-Lieutenant im Brandenburgischen Pionier-Bataillon Nr. 3 Stark, ist wegen seines tapferen Verhaltens vor dem Feinde in den Adelsstand erhoben.

— Die vor fünfzig Jahren erfolgte Vereinigung Neuvorpommerns und Rügens mit Preußen soll Seitens der dortigen Stände durch ein Fest begangen werden, das wahrscheinlich im Juni stattfinden und dann auch von dem Könige und der Königin besucht werden würde.

— Aus Oldenburg, 12. Febr., schreibt man der „Vossischen Zeitung“: So eben wird hier das für das preussische Kriegshafen-Etablissement an der Jade so bedeutsame Resultat der unermüdblichen Bohrerforschung nach Trinkwasser bekannt, daß man in Seppens endlich in einer Tiefe von 670 Fuß auf Wasser gestoßen ist, was nur einen ganz unbedeutenden Salzgehalt enthält. Der Wasserstrahl sprudelt in einer Höhe von 2 bis 3 Fuß aus der Erde hervor, und ist damit eine Kalamität gehoben, deren wir so oft als störend für die ganze Anlage des Kriegshafens erwähnt haben.

Neudshurg, 13. Febr. Die „Scheuer Nachr.“ melden: „Gestern trat eine Reihe Männer aus Schleswig und Holstein zusammen um die brennende Frage des Verhältnisses zu Preußen zu berathen. Sie kamen darin überein, den Anschluß an Preußen als etwas Wesentliches und unbedingt Nothwendiges als eine nationale Pflicht und durch das Interesse des Landes geboten auszusprechen. Der Flensburger „Nord. Btg.“ wird über diese Versammlung von hier geschrieben: „Gestern fand hier eine Zusammenkunft einer Anzahl Männer der nationalen Partei aus den verschiedenen Gegenden beider Herzogthümer statt. Dieselben einigten sich über ein Programm, dessen Grundzüge dahin gehen, daß die Vereinigung der Herzogthümer mit Preußen in militairisch-maritimer und diplomatischer Beziehung eine unerläßliche Forderung sowohl der schleswig-holsteinischen als der deutschen Interessen sei. Sie verpflichten sich für die weitere Verbreitung dieser Ansicht unter ihren Landsleuten nach Kräften thätig zu sein. — Gleichzeitig tagte hier eine Versammlung von Delegirten einer Anzahl Kampfgenossenvereine, in der beschloffen sein soll, zu veranlassen, daß die bisher von Flensburg eingenommene Stellung eines Vororts der Vereine auf einen andern Ort übergehe. Die Mehrzahl der Vereine scheint damit unzufrieden gewesen zu sein, daß der Vorstand des Flensburger Vereins politischen Demonstrationen der Vereine sich nicht sonderlich geneigt zeigte.“

Nachrichten aus Posen und Polen.

Von der Polnischen Grenze, 13. Febr. Der Warschauer Correspondent der „Moskauer Nachrichten“ charakterisirt die Lage der in Warschau lebenden Russen. Sie hätten die schönsten Pferde und Equipagen und nähmen die ersten Plätze in den Theatern und Concerten ein, aber sie sprächen fast ohne Ausnahme Polnisch, sogar mit ihren Lakaien, und manche wären dreist genug, zu behaupten, es sei ihre Pflicht, dies zu thun, weil sie sich in Polen befänden. Diese Erscheinung beunruhigt den Correspondenten. Man müsse sich sichern, meint er, daß jene Zeiten nicht zurückkehren, wo die Russen nach 33jähriger Herrschaft in Warschau und 25jähriger Verwaltung einer Persönlichkeit, wie dies des Fürsten Paszkewitsch, dort gänzlich fremd waren und nicht festeren Fuß gefaßt hatten, als eine bivouacirende Zigeunertruppe, die jeden

Zugleich ihre Zelte abbrechen und weiterziehen kann, ohne daß Jemand sie vermisst. So lange der gegenwärtige Andrang der Russen aus der Heimath dauert, sei das Uebel nur halb so schlimm; aber es sei vorauszu sehen, daß nach Aufhebung des Belagerungszustandes und nach Beendigung der Reformen dieser Andrang aufhören und die Zahl der Russen sich bedeutend vermindern werde, was sei dann zu erwarten? Der Correspondent fordert seine Landsleute auf, daß sie Russisch sprechen, Buchhandlungen gründen, Schulen unterstützen, auf Russische Weise essen, trinken, sich vergnügen, und sich auf diese Weise ein moralisches Uebergewicht sichern. — Den „Moskauer Nachrichten“ zufolge treibt der Geistliche Brzoska mit seiner Insurgentenbande im Gouvernement Lublin noch immer sein Unwesen. Er übernachtete am 30. vor. Mts. mit fünf bis an die Zähne bewaffneten Mitgliedern seiner Bande in dem Dorfe Przewozka, im Kreise Sieblec, in einer Scheune. Die Russen, die dies erfahren hatten, besetzten um Mitternacht die Scheune, und als sie anfangen die Thür einzuschlagen, feuerten die Insurgenten mehrere Schüsse auf sie ab, und entflohen durch eine andere Oeffnung. Der Russische Offizier und die Soldaten setzten ihnen nach und ersterer streckte bereits die Hand aus, um Brzoska zu ergreifen, als dieser sich umwandte und zwei Revolvergeschosse auf den Offizier abschoss, welche demselben die Brust durchbohrten. Brzoska rettete sich hierauf mit drei Gefährten in den Wald, zwei Insurgenten blieben todt auf dem Kampfplatze und einer wurde ergriffen und sofort standrechtlich gehängt. — Am 4. d. M. wurde von Warschau ein Transport politischer Gefangener, deren Zahl auf 250 angegeben wird, mittelst Eisenbahn nach dem Innern Rußlands und Sibirien abgeführt. (Dfsee-Ztg.)

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 17. Februar.

— Die Ueberführung S. M. Aviso „Fr. Adler“ von Hamburg nach Bremerhafen und von dort nach hier, wird erfolgen, sobald die Elbe und Weser frei vom Eise geworden sind. Als Kommandant des gedachten Fahrzeugs ist, wie wir hören, der Lieutenant zur See Stenzel kommandirt worden.

+ Auf dem Königl. Haupt-Zoll-Amte traf ein Dynamometer (Instrument zur Stärkeprüfung des Segeltuches) für die königliche Marine aus Paris ein.

— Dem Königl. dänischen Consul, Kaufmann G. G. Lindberg hieselbst ist die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs von Dänemark ihm verliehenen silbernen Ehrenkreuzes als Dannebrogsmann ertheilt.

+ Die Maschine für die Dampfschneidemühle des Herrn Zimmermeister Krüger ist von der Fabrik Stedel und Wagenknecht aufgestellt und arbeitet bereits probeweise; an dem Betriebsgebäude für die Dampfschneidemühle und Hobelmaschine des Herrn Zimmermeister Gelb wird rüstig gebaut, und auch dies Etablissement zum Sommer in Betrieb kommen.

§§ Im Hause des Herrn Consul B—n in der Jopengasse erlitt gestern Abend eine Gasexplosion, die dadurch erfolgte, daß ein Arbeiter im Keller beim Holzaufliegen dem Gasometer zu nahe gekommen und denselben beschädigt hatte, wodurch eine Menge Gas in die Zimmer strömte und ein Zerplatzen der Fensterscheiben verursachte.

§§ Gestern Abend wurden auf Langgarten zwei Pferde eines ländlichen Schlittenschen und liefen gegen einen Laternenpfahl an welchem sie zum Stehen gebracht wurden. Eine sich darauf befindliche Dame war vom Schlitten geschleudert worden und hatte unerhebliche Verletzungen davon getragen.

§§ Fräul. Eifler hat uns brieflich mitgetheilt, daß sie nicht durch Kränklichkeit verhindert gewesen sei, wie wir gestern berichteten, die Rolle der „Desdemona“ zu spielen, sondern daß sie nur um einen Tag Aufschub gebeten habe, „weil sie nicht im Stande gewesen sei, die Rolle bis Donnerstag zu liefern.“

[Feuer.] Die Gasleitung unter der Brücke vor dem hohen Thore, welche in Folge der großen Kälte in den letzten Tagen eingefroren war, wurde gestern Nachmittag aufgethaut und zu diesem Behufe das Gas aus der geöffneten Röhrenleitung angezündet. Die in Folge dessen emporschlagende Flamme verursachte eine falsche Feuermeldung und überzeugte sich die an Ort und Stelle angelangte Feuerweh von der Gefährlosigkeit des genannten Experiments.

Meteorologische Beobachtungen.

16	4	333,88	—	3,6	SEW. mäßig, bewölkt.
17	8	332,17	—	8,2	S. frisch, Zen. klar. Kim. tief.
12		331,54	—	3,9	do. Himmel bewölkt.

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 17. Februar.

Weizen, 80 East, 131.32pfd. fl. 405; 131pfd. fl. 390, 395; 129.30pfd. fl. 380; 127.28pfd. fl. 370, 375; 129pfd. roth fl. 360, Alles pr. 85pfd.
 Roggen, 119pfd. fl. 207; 124.25, 125pfd. fl. 219; 129.30pfd. fl. 235; 131pfd. fl. 240 pr. 81pfd.
 Große Gerste, 114.15pfd. fl. 192; 116.17pfd. fl. 204.
 Weiße Erbsen fl. 273 pr. 90pfd.

Stadt-Theater zu Danzig.

Sonntag, den 19. Februar. (Abonnement suspendu.)
 Fünfte Gastrolle des Herzog. Hofschauspielers Herrn Friedrich Devrient. Man sucht einen Erzieher. Lustspiel in 2 Akten von Bahn. Hierauf: Die Drillinge. Lustspiel in 2 Akten von Lebrun.
 * Arthur v. Marjón . . . Herr Friedr. Devrient.
 * Die Drillinge . . . Herr Friedr. Devrient.

Bei L. G. Homann in Danzig,

Kunst- und Buchhandlung, Jopengasse 19,
 ist in neuester Auflage zu haben:
 (1/3) (Eine wichtige Schrift für geschwächte Männer):

Die Regeneration des geschwächten Nervensystems, oder gründliche Heilung aller Folgen der geheimen Jugendsünden und der Ausschweifung.

Nach den neuesten Fortschritten hergestellt und mit vielen Krankengeschichten erläutert.
 Von N. Richard, Dr. der Medicin u. Chirurgie.
 Fünfte Auflage. — Preis 15 Sgr.
 NB. Durch diese hülfreiche Schrift kann sich Jedermann von den üblen Folgen der Ausschweifung auf einfache und sichere Weise heilen.
 Quedlinburg, Verlag von Ernst.

Nur allein wahrhaft ächt zu haben
 die durch Chemiker und Doctoren der Medicin vielfach erprobte und bewährte, alsdann in Metz (Frankreich), Hamburg, Posen und der Schweiz prämiirte

Lairitz'sche Waldwoll-Gichtwatte

von 3 Sgr. ab,

die den Gicht und rheumatischen Schmerz aller kranken Glieder nicht allein sofort beruhigt, sondern heilt, ferner Waldwoll-Öel, auch bei Frostschäden auf's vortrefflichste bewährt, Spiritus, Seife, Liqueur, Bonbon zc., Waldwolle zum Polstern, die alles Ungeziefer fern hält, so wie sämtliche nicht einlaufende Unterkleider von Waldwolle, als: Jacken, Hosen, Damen Spencer, Strümpfe, Strickjarn, Brust-, Rücken-, Knie- und Armwärmer-Waldwoll-Tricotin, Körper und Flanelle nach der Elle zc. empfiehlt ganz ergebenst

A. W. Jantzen in Danzig, Bade-Anstalt, Vorst. Graben 34 und J. Stelter in Pr. Stargardt.

Zur Vermeidung von Täuschungen:
 Die Waldwoll-Gichtwatte hat durchweg eine reine Naturfarbe n. ist deshalb von voller gleichmäßiger Wirkung und Heilkraft, daher leicht, von etwa vorkommender, mit farbenähnlicher Substanz bestrichener gewöhnlicher Baumwollwatte zu unterscheiden.

Zeugnisse und Gebrauchsanweisungen werden nach wie vor, auch an Nichtkäufer bereitwilligt gratis abgegeben. Zeugnisse.

Dem Wunsche gemäß, bezeuge ich hiermit, daß ich bei einem sehr lange anhaltenden schmerzlichen Rheumatismus in der Lende mich der Waldwolle bedient habe, und diese als das einzige der verschiedenen angewandten Mittel gefunden, das mir nicht bloß Linderung, sondern gänzliche Heilung verschafft hat zc.
 Königsberg in Pr.

(gez.) Graf zu Eulenburg, Kgl. Pr. General.
 Die Lairitz'schen Waldwoll-Fabrikate und Präparate habe ich in meiner ausgedehnten Praxis vielfach angewendet und von denselben namentlich bei rheumatischen Krankheitsformen jeder Art, so wie bei eingewurzelter Gicht vielfach günstige Erfolge durch dieselben beobachtet. Diese Mittel müßten immer mehr im Publicum bekannt werden, dann würde manche kostspielige Badereise sicherlich erspart werden.
 (gez.) Dr. Julius Beer, prakt. Arzt zc. in Berlin.

Die Allerhöchsten Orts concessionirten elektro-magnetischen Heilkissen von Betty Behrens in Gößlin, auch hier wie in weiten Kreisen als das erfolgreichste Mittel bei in Danzig, Jopengasse 19, bei L. G. Homann, in Elbing bei A. Teuchert.

An einem heftigen, mit Ohren- und Augenreizen verbundenen Kopfschmerz hatte ich längere Zeit leider gelitten und verschiedene Mittel angewendet, ohne daß dasselbe weichen wollte. Ich ließ mir endlich ein Behrens'sches Heilkissen holen, legte dies auf die schmerzhaften Stellen, und bin ich dadurch

Programm zu der am Sonnabend, den 18. d. Mts. im grossen Saale des Schützenhauses zum Besten des Unterzeichneten stattfindenden Musikalisch-Declamatorischen Abend-Unterhaltung.

Erster Theil.

- Variations series für das Pianoforte von Felix Mendelssohn-Bartholdy. D-moll, op. 54, vorgetragen von dem Herrn Pianisten Barthel.
- Der Meistersänger von Brachvogel, vorgetragen von Fr. Lüdt.
- Ti prego o madre pia Canoni à tre voci (für Sopran, Alt und Tenor), von F. Curschmann, gesungen von Fr. Rottmayer, Fr. Peters und Herrn Jungmann.
- Variationen von Rhode, gesungen v. Fr. Frey.
- Der Haideknabe v. Friedrich Hebbel, vorgetragen von Rudolph Dentler.
- Arie aus der Zigeunerin von Balfe, gesungen von Herrn Keim.

Zweiter Theil.

- Nachtstündchen für Baryton mit Horn u. Clavier-Begleitung, componirt v. A. Scaup, vorgetragen von den Herren Formes, Schumann und dem Componisten.
- Das verlorene Gebet v. Benninghausen, vorgetragen von Frau Director Fischer.
- Duett aus Semiramis, gesungen von Fr. Peters und Herrn Director Fischer.
- Kuckuk wie alt? Lied von Abt, gesungen von Fr. Rottmayer.
- Der Zecher. Humoreske v. R. Prutz, vorgetragen von Rudolph Dentler.
- La Serenata Nottorno per Soprano et Tenore, gesungen von Fr. Eifler u. Hrn. Jungmann.

Dritter Theil.

- Der tolle Musikant. Gedicht von Löwe, mit melodramatischer Begleitung des Waldborns von Proch, vorgetragen von den Herren Bergmann und Schumann.
- Wasserfahrt. Lied, gesungen v. Hrn. Dir. Fischer.
- Duett aus Belisar von Donizetti, gesungen von Fr. Frey und Herrn Formes.
- Unpolitische Diplomatie! Humoristische Plauderei, verfasst und gesprochen von Herrn Freytag.
- Gute Nacht Du mein herziges Kind. Lied von Abt (auf vielfaches Verlangen), gesungen von Herrn Jungmann. Als Einleitung dazu: Nocturne von J. Field. A-dur, No. 4, vorgetragen von dem Herrn Pianisten Barthel.

Das Accompagnement hat Hr. Musik-Director Scaup freundlichst übernommen.

Der Kgl. Hof-Instrumentenmacher, Herr Bernhard J. Wiszniewski, hat die Güte gehabt, einen Concert-Flügel zur Verfügung zu stellen.

Billets zum Saal à 10 Sgr. sind in den Conditoreien der Herren Grentzenberg und Sebastiani, in den Kaufläden der Herren Drewitz, Durand und Rovenhagen und in meiner Wohnung, 3. Dam 13, Logenbillets à 15 Sgr. sind nur in meiner Wohnung gefälligst zu entnehmen. Kassenpreis: Saal 15 Sgr. Loge 20 Sgr. Anfang 7 Uhr.

Es ladet freundlich und ergebenst ein
 Rudolph Dentler.

Jemand wünscht als Mitleser der „Leipziger Mode-Zeitung“ beizutreten. Näheres Portefeuillengasse 5.

Hypothek-Gesuch.

Auf ein Grundstück, im Danziger Werder belegen, von 2 Hufen culm. Land, werden nach 7700 Thlr., spätestens bis April c., 5—600 Thlr. gegen 6% gesucht. Selbst-Darleiber belieben ihre Adresse unter No. 100. an die Expedition dieser Zeitung abzugeben.

Permanente Kunst-Ausstellung.

Hundegasse Nr. 93.

Neu ausgestellt:

Von Hrn. Carl v. Haften

„Italienische Felsenküste bei Mondchein, Motiv: Küste von Genua.“ Diese große Marine bleibt nur 8 Tage hier. Gleichzeitig sind bis medio März noch ausgestellt, die dem Königsberger Kunstvereine und dem Verein für historische Kunst zugehörigen Bilder von Prof. Tidemand, Prof. Camphausen und Director Rosenfelder.

allen gichtischen und rheumatischen Leiden rühmlichst bekannt, sind à 25 Sgr., 1 Thlr. 5 Sgr. und 1 Thlr. 15 Sgr., sowie die beliebten Zahnbalsbändchen für Kinder à 10 Sgr. nur allein echt zu haben

in Danzig, Jopengasse 19, bei L. G. Homann, in Elbing bei A. Teuchert.

von diesem Uebel in kurzer Zeit befreit worden. — Mit dem herzlichsten Dank bescheinige ich dies der Wahrheit gemäß.

Treptom a. d. Toll.

Bürger,
 Schneider-Meister.